

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission

vom: 3. Februar 2009

zur Vorlage Nr.: [2008-244](#)

Titel: **Nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien" (Energieinitiative)**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien" (Energieinitiative)

Vom 03. Februar 2009

1. Ausgangslage

Am 6. Februar 2007 reichte die Grüne Partei Basel-Landschaft die nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien" mit 1906 gültigen Unterschriften ein. Das Zustandekommen erfolgte am 18. Oktober 2007. Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 3 der Kantonsverfassung vom 17. Mai 1984, das folgende nichtformulierte Begehren:

Bis im Jahr 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch auf dem Kantonsgebiet mindestens die Hälfte betragen. Der Kanton schafft gesetzliche Rahmenbedingungen und formuliert die erforderlichen Massnahmenpläne.

Nichtformulierte Begehren werden innert zwei Jahren dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, wenn der Landrat sie in der Sache ablehnt. Hat das Volk oder der Landrat beschlossen, dem Begehren Folge zu geben, so arbeitet der Landrat innert zwei Jahren eine entsprechende Vorlage zuhauenden des Volkes aus. Für diese Volksinitiative gilt die Frist für die Erarbeitung einer Vorlage bis 18. Oktober 2009.

2. Organisation der Kommissionsberatung

Die Kommission behandelte die Vorlage in ihren Sitzungen vom 10. November 2008 und vom 12. Januar 2009 unter Beisein von Regierungsrat Jörg Krähenbühl und Alberto Isenburg vom Amt für Umweltschutz und Energie. In der ersten Sitzung nahmen ferner vom Initiativkomitee Landrat Isaac Reber und von Seiten der Verwaltung Felix Jehle vom Amt für Umweltschutz und Energie teil.

3. Diskussion

In den regierungsrätlichen Ausführungen zu dieser Volksinitiative wird eine detaillierte Analyse der Energiesituation im Kanton Basel-Landschaft bezüglich Entwicklungsszenarien für den Verbrauch und Potential der verschiedenen erneuerbaren Energiequellen Wasserkraft, Geothermie, Windenergie, Biomasse und Sonnenenergie vorgenommen. Im Grundsatz geht daraus hervor, dass der Regie-

rungsrat das Ziel an sich, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern, unterstützt. Die Stossrichtungen, den Energieverbrauch zu senken und die erneuerbaren Energien zu fördern, werden vom Kanton bereits seit Inkrafttreten des kantonalen Energiegesetzes verfolgt und die aktuelle Energiestrategie unterstreicht diese Haltung mit dem Grundsatz: "Der Kanton Basel-Landschaft fördert in der Reihenfolge die Einsparung von Energie, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Deckung des Restbedarfs durch erneuerbare Energien."

Die Kommissionsberatung erfolgte vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage und drehte sich folglich nicht um das "ob", sondern nur das "wann und wie" der Zielerreichung, wo sich Differenzen in den Ansichten zeigten.

Die Befürworter der Initiative betonen, dass es sich beim Öl und den fossilen Brennstoffen generell um ein endliches Gut handelt, von dem der Kanton stark abhängig ist. Dieses Problem der Endlichkeit wird verschärft durch den weltweit stark wachsenden Konsumentenkreis und die zunehmend beobachtbare Nutzung der Ressource als politisches Druckmittel. Neben der Endlichkeit sollte aber auch die CO₂-Problematik nicht gänzlich vergessen werden. Daher sei der Moment zum Handeln längst eingetreten und ein ernsthaftes Aktivwerden des Kantons vonnöten. In den europäischen Ländern ist eine energiepolitische Aufbruchstimmung beobachtbar. Die Chance, an diesem Markt und an dieser Entwicklung teilzuhaben, dürfe nicht verschlafen werden. Die Initiative legt dafür lediglich das Ziel fest und setzt dieses bewusst ambitioniert an. Konkrete Massnahmen werden in der Initiative keine definiert, da die Initianten verhindern wollen, Massnahmen zu benennen, welche sich aufgrund der zu erwartenden technologischen Entwicklung innerhalb der Frist bis 2030 selbst überholen werden.

Die Gegner der Initiative plädieren hingegen für ein pragmatisches und ausgeglicheneres Vorgehen. Mit den heute bekannten Massnahmen sei das Ziel schlicht nicht erreichbar und daher als unrealistisch abzulehnen. Befürchtet werden einerseits empfindliche und kostspielige Einschnitte in die Lebensqualität. Andererseits ist der Handlungsspielraum des Kantons nur beschränkt. Im Mobilitätsbereich beispielsweise, dessen Energieverbrauch in den vergangenen Jahren deutlich stärker wuchs, als jener des Gebäude- bzw. Wärmebereichs, ist der Bund der primäre Akteur. Ferner spielt auch die Entwicklung des Ölpreises und das Verhalten des Endkonsumenten eine

gewichtige Rolle. Der Kanton nutze seine Möglichkeiten bereits gut, insbesondere in der Wasserkraft, wo weitere Kleinflusskraftwerke geplant und eine Austiefung in Birsfelden angestrebt werde. Nicht in allen Bereichen präsentiere sich die Situation aber derart optimal und insbesondere der geplante Anteil der Geothermie zur Zielerreichung müsse ernsthaft hinterfragt werden.

Explizit bemängelt wurde von einigen Kommissionsmitgliedern das Fehlen eines Gegenvorschlags der Regierung. Diese hätte mit einem solchen die Ernsthaftigkeit ihrer Bestrebungen untermauern können. Eine Ablehnung der Initiative würde aber mangels eines positiven Signals ein falsches Signal aussenden, ebenso wie auch die Verfehlung des gesetzten Zieles.

4. Antrag

://: Die UEK beantragt dem Landrat mit 7:5 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem unveränderten Entwurf des Landratsbeschlusses zuzustimmen.

Titterten, 03. Februar 2009

Für die Umweltschutz- und Energiekommission

Der Vizepräsident: Hannes Schweizer

Beilage: unveränderter Entwurf des LRB

Landratsbeschluss

über die nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbare Energien" (Energieinitiative)

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbare Energien (Energie initiative) wird abgelehnt.
2. Die nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbare Energien (Energie initiative) wird den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.
3. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die nichtformulierte Volksinitiative "Weg vom Öl - hin zu erneuerbare Energien (Energieinitiative) abzulehnen.

Liestal,

Im Namen des Landrates

der Präsident:

der Landschreiber: